

Pressemitteilung

Bernd Kölmel: „Menschenrechtsverletzungen in der Türkei erfordern härtere Sanktionen“

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollten beendet werden

Straßburg, 8. Februar 2018 – Der Europaabgeordnete Bernd Kölmel fordert, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wegen erneuter eklatanter Menschenrechtsverstöße der türkischen Regierung zu beenden. Anlässlich einer vom Europäischen Parlament in Straßburg verabschiedeten Resolution, die die jüngsten Massenverhaftungen in der Türkei verurteilt, plädierte der Parteivorsitzende der LKR, einen EU-Beitritt nicht länger als politische Manövriermasse zu benutzen. Der Türkei sollte fortan höchstens eine eingeschränkte strategische Partnerschaft in Aussicht gestellt werden.

Bernd Kölmel sagte:

„Der unverändert in Richtung Autokratie führende Kurs der Türkei zeigt, dass sie voraussichtlich auch in den nächsten Jahrzehnten kein Vollmitglied der EU werden kann. Dagegen sprechen die massiv eingeschränkte Meinungsfreiheit, der Umgang mit Minderheiten sowie eine mehr als zweifelhafte Rechtsstaatlichkeit. Zudem bricht die Türkei mit ihrem Angriff auf die kurdische Bevölkerung in Nordsyrien geltendes Völkerrecht.“

„Seit 1999 ist die Türkei offizieller Beitrittskandidat für die EU und erhält dabei im Rahmen so genannter Vorbeitritts Hilfen jährlich hunderte Millionen Euro vom EU-Steuerzahler. Gleichzeitig wird den Menschen in der Türkei seit Jahrzehnten vorgemacht, dass die Türkei kurzfristig in die EU aufgenommen werden könnte. Es ist Zeit, diese Heuchelei zu beenden.“

„Die Türkei ist einerseits ein Land mit einer wichtigen Brückenfunktion zwischen Okzident und Orient, zudem NATO-Mitglied und in etlichen politischen Bereichen nach wie vor ein wichtiger Partner der EU. Statt einer EU-Vollmitgliedschaft sollte eine strategische Partnerschaft angestrebt werden. Wo gemeinsame Interessen bestehen, könnte man zusammenarbeiten.“

Pressekontakt:

Michael Strauss
Pressesprecher der deutschen Delegation der EKR-Fraktion
+32 470 88 23 48
michael.strauss@europarl.europa.eu